

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch jede Postanstalt. — Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Eine christliche Gewerkschaftsinternationale

Ein internationaler Kongress christlicher Gewerkschaften tagte in der Zeit vom 15. bis 19. Juni d. J. in Holland. Bekanntlich waren bereits vor dem Kriege im christlichen Gewerkschaftslager internationale Verbindungen angeknüpft worden. Mehrere christliche Verbände hatten mit ausländischen Bruderverbänden Kartellverträge abgeschlossen. Auch der Verband stand mit den schweizerischen, holländischen, belgischen und österreichischen Bruderverbänden in einem Kartellverhältnis. Der Krieg hatte diese internationale Verbindungen zertrümmert.

Über bald nach Beendigung desselben machte sich die Notwendigkeit bemerkbar, die Beziehungen zwischen gleichgesinnten Arbeitern anderer Länder wieder aufzunehmen. Den ersten Anstoß hierzu gab die Vorläufige auf Grund des Friedensvertrages in Washington (Amerika) stattgefundene Arbeitskonferenz. Dort waren aus verschiedenen Ländern Vertreter, die auf christlichem Boden stehen und sich als Vertreter der christlichen Gewerkschaften Deutschlands als eine Säule erheben. Sie wandten sich an das Generalsekretariat in Wien und äußerten den Wunsch, eine neue christliche Internationale zu gründen.

Über auch die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen und drängen zum internationalen Zusammenarbeiten. Unsere holländischen Bruderverbände, der christliche Bauarbeiterverband, wandten sich kurz nach Kriegsende an uns, um die Organisationsfragen in den Grenzgebieten zu regeln, was auch geschehen ist. Uebrigens liegen die Verhältnisse in anderen Ländern.

Bereits im Februar d. J. hatten sich einige christliche Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern auf holländische Anregung hin zu einer Versammlung zusammengeschlossen. Man kam überein, im nächsten Frühjahr einen internationalen Kongress christlicher Gewerkschaften abzuhalten. Da sich die holländischen Bruderverbände ganz besonders um das Zustandekommen des Kongresses und der internationalen Verbindungen bemüht haben, war Holland die gegebene Land für die Tagung des Kongresses. Auf demselben waren Delegierte aus Holland, England, Belgien, Frankreich, Schweiz, Oesterreich, Italien, Spanien, Ungarn und Tschechoslowakei vertreten, im ganzen 98 Delegierte, die 3367 400 Mitglieder vertraten.

Der Hauptzweck des Kongresses, die Gründung einer internationalen christlichen Gewerkschaftsinternationale, ist erreicht worden. Es wurde ein Vorstand gewählt, in dem jedes Land einen Vertreter stellt; Deutschland stellt dazu ein weiteres weibliches Vorstandsmitglied. Dem Vorstande ist anheim gegeben, aus Belgien ein weiteres weibliches Vorstandsmitglied heranzuziehen. Dem Vorstand wurde überlassen, den Sitz des internationalen Sekretariats zu bestimmen. Im Prinzip war man sich einig, daß es ein neutrales Land hierfür in Frage kommt.

Über der Gründung der allgemeinen Internationale sind die Grundlagen für internationale Verbindungen von verschiedenen Berufsverbänden, wie Textil-, Tabak-, Transport-, Metall-, Bergbau- u. s. w. gelegt worden. Im Baugewerbe bestehen im Auslande außer in Holland, Belgien und Frankreich feste Bruderverbände nicht. Die holländischen Bruderverbände zählen 33000 Mitglieder, in Frankreich sind 20000 Bauarbeiter christlich organisiert. Auch Belgien hat eine stattliche Zahl christlich organisierte Bauarbeiter. In Oesterreich und der Schweiz fehlt es im Lager der christlichen Bauarbeiter an führenden Köpfen und so sind sie in den Nachbarländern zusammengefloßen, was die internationale Verständigung nicht gerade erhöht. Bei dieser Lage der Dinge war es im Haag noch nicht möglich, eine christliche Bauarbeiter-Internationale zu schaffen. Wir hoffen jedoch die Kartellverträge mit den holländischen und belgischen Bruderverbänden auszunutzen.

Inzwischen wird die christliche Bauarbeiterbewegung wohl auch in anderen Ländern festen Fuß fassen, so daß die Gründung eines internationalen Verbandes anlässlich des nächsten internationalen Kongresses (in zwei Jahren) zur Wirklichkeit werden wird.

### Neue Wirtschaft und christlich-nationale Arbeiterbewegung

Mein äußerlich betrachtet, könnte man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Arbeiterschaft in Deutschland sich auf dem Höhepunkt des Einflusses befindet. Gegenwärtig werden ja wohl 10 Millionen Arbeiter und Angestellte gewerkschaftlichen Organisationen angehören. Das ist gewiß eine gewaltige Macht. Leider muß man die Tatsache konstatieren, daß die Kräfte der Zerstörung und Zerlegung im stärksten Maße wirksam sind. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wäre wirklich auf der Höhe des Einflusses, wenn sie von einer einheitlichen Gedankenwelt getragen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Wenn wir in Friedenszeiten bereits verschiedene Gewerkschaftsrichtungen hatten, so können wir heute beobachten, daß das geistige Durcheinander durch die Revolution noch gewaltig gewachsen ist. Neben den aufbauenden Kräften sind die zerstörenden Elemente außerordentlich stark. Eine Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterschaft über die richtige Wirtschaftsorganisation und den besten gesellschaftlichen Zustand ist unbedingt notwendig.

In den letzten Friedensjahren war die Diskussion über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft in den Hintergrund getreten. Die sozialistischen Politiker waren mehr oder weniger geneigt, praktische Arbeit zu betreiben. Man durfte hoffen, daß nach Jahren der sozialdemokratische Sozialismus überwunden werden würde. Inzwischen ist durch die Revolutionsvorgänge in Rußland noch eine neue Idee in die Massen geschleudert worden. Nicht durch die Demokratie soll eine neue Gesellschaft geschaffen werden, sondern durch die Diktatur der Lohnarbeiterschaft. Der sozialdemokratische Sozialismus des Erfurter Programms hat im letzten Jahre schwere Schläge erlitten. Innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft wird der Kampf mit aller Schärfe geführt. Wir sind aber nicht nur Zuschauer dieses Kampfes, sondern im stärksten Maße an dem Ausgang dieses Kampfes interessiert. Die christliche Arbeiterbewegung muß deshalb mit dazu beitragen, daß die Frage nach der Möglichkeit irgendeiner sozialistischen Gesellschaftsordnung einer Klärung entgegengeführt wird.

Meiner Ansicht nach müßte diese Auseinandersetzung in folgender Weise erfolgen: Es wäre der Nachweis zu führen, daß der sozialdemokratische Sozialismus des Erfurter Programms nicht verwirklicht werden kann. Auszugehen wäre hier von der menschlichen Natur, wie sie ist, und nicht, wie sie nach sozialistischen Ansichten sein soll, denn unzweifelhaft wäre das, was wir bisher unter Sozialismus verstanden, nur möglich, wenn wir es nur mit idealen Menschen zu tun hätten. Wer sich aber unsere Kommunisten und Spartakisten betrachtet, wird wahrlich nicht behaupten wollen, daß hier Menschen mit großen idealistischen Zielen den Kampf führen. Ausgehend von der menschlichen Natur, wie sie ist, wäre zu zeigen, daß ohne Selbstverantwortung und Pflichtgefühl auch ein Sozialismus nicht durchgeführt werden kann. Ebenso wäre nachzuweisen, daß Kommunismus und Rätediktatur nur von Leuten verfolgt werden können, die von wirtschaftlichen Verhältnissen keine Ahnung haben. Zur Bekämpfung des Sozialismus ist eine theoretische Gesellschaftslehre notwendig, die den Tatsachen keine Gewalt antut. Auch sie wird ein gewisses ideales Ziel aufweisen, aber sie wird doch den Boden unter den Füßen nicht verlieren. Ohne eine theoretische Fundamentierung ist natürlich auch eine praktische Umgestaltung der Wirtschaft und des Gesellschaftslebens nicht möglich. Was dann aber weiter notwendig wäre, das scheint mir die Beantwortung

der Frage zu sein: Wie ist Sozialismus praktisch möglich? Ich kenne eine sehr große Anzahl von Schriften, deren kritischen Betrachtungen man bis zu einem gewissen Grade wohl zustimmen könnte. Sobald sie aber zu einem Umbau des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens die Wege zeigen sollen, verlagen sie vollständig.

Es ist interessant, wenn ein so hervorragender Kenner der sozialistischen Gedankenwelt wie Grünberg im Wörterbuch der Volkswirtschaft feststellt, daß es niemals in der Geschichte, von primitiven Verhältnissen abgesehen, eine Gesellschaft gegeben hat, in der der Kommunismus verwirklicht war. Kommunismus mag ein Ideal sein, ideale Menschen könnten ihn durchführen. Ich persönlich neige der Ansicht zu, daß niemals derartige Idealmenschen vorhanden sein werden, wie sie zur Durchführung des Kommunismus notwendig wären. Betrachtet man die ganze sozialistische Bewegung von Karl Marx bis zur Gegenwart, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß die stärkste Seite die Kritik war, die positive Gedankenarbeit aber zu einem Neubau der Gesellschaft von keiner großen Bedeutung gewesen ist. Alle Kritik wird aber niemals die aufbauende Arbeit zu ersetzen in der Lage sein. Es hat sich ja auch gezeigt, als nach der Revolution die sozialistischen Parteien die Regierung übernahmen, mußte kein Mensch, wie man den Sozialismus in die Wirklichkeit überführen sollte. Die Hilflosigkeit kam darin zum Ausdruck, daß man eine Kommission einsetzte, die Wege weisen sollte, wie man den Sozialismus zu verwirklichen in der Lage wäre. Auch heute bekommt man aus sozialistischen Kreisen keine Antwort auf die Frage, wo mit der Sozialisierung begonnen und wo aufgehört werden soll. Selbst der unabhängige Sozialdemokrat Cohn erklärte einmal in der Nationalversammlung, daß in Deutschland der Sozialismus allein in der Welt nicht durchgeführt werden könnte, eine sozialistische Insel sei unmöglich. Betrachtet man die übrigen Völker der Welt, so wird man zugeben, daß selbst dann, wenn Sozialismus im Sinne der unabhängigen Sozialdemokratie möglich wäre, er doch in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden kann. Alle, die über Sozialismus und Sozialisierung reden, sind sich nicht klar darüber, welche Umstellungen notwendig wären, wenn man eine sozialistische Gesellschaft schaffen wollte. Vollständiger Sozialismus bedeutet: zentrale Regulierung des gesamten Wirtschaftslebens. Es wäre notwendig, daß ein paar Leute das gesamte Wirtschaftsleben (Produktion, Absatz, Bedarf usw.) im Kopfe hätten, fehlerfrei alles feststellen könnten und auf die unbedingte Durchführung ihrer Anordnungen rechnen könnten. Kein Mensch ist aber in der Lage, den Bedarf an Gütern eines Volkes von zentraler Stelle festzustellen, weil er sich gar nicht feststellen läßt: es sei denn, man würde die Konsumfreiheit aufheben und jeden Konsumenten nötigen, bestimmte Artikel für seine Bedarfsdeckung zu nehmen. Ich möchte einmal das Geschrei hören, wenn jede Konsumfreiheit aufgehoben würde. Andererseits ist aber auch eine zentrale Wirtschaft deshalb nicht möglich, weil, wenn die Selbstverantwortung ausgeschaltet wäre, niemand sich mit allen seinen Kräften im Wirtschaftsleben einsetzen würde. Jede Sozialisierung, ganz gleich in welcher Form, wird vom Selbstinteresse und von der Selbstverantwortung mit ausgehen müssen, das zeigen deutlich auch die Vorgänge in unseren Eisenbahnbetriebswerkstätten. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nicht eine große Umwälzung in unserer Volkswirtschaft nötig wäre. Umwälzungen der Volkswirtschaft sind möglich durch die Konsumgenossenschaftsbewegung, die den Absatz organisiert und auch in eigenen Betrieben Produktion erzeugt. Volkswirtschaftliche Umwälzungen sind möglich in der Weise, daß der Staat gewisse Industriezweige in eigene Regie übernimmt und sie dann nach kaufmännischen Grundsätzen führt. Auch dann muß das Selbstinteresse in höchstem Maße berücksichtigt werden. Arbeit, Prämien-Lohnsystem, Teilnahme am Gewinn und ähnliche Mittel werden auch hier angewandt werden müssen. Inwiefern ein Zusammenschluß von Gewerbezweigen zu Verbänden oder Syndikaten möglich ist, unter der Selbstverwal-

tung der Unternehmer und Arbeiter unter Hinzu- ziehung der Abnehmer und Konsumenten, ist auch eine Frage, die gemäß der Diskussion wert ist.

So kann und wird man den sozialdemokratischen Sozialismus bekämpfen müssen und darf trotzdem auf dem Standpunkt stehen, daß ein gewisser Sozialismus im Wirtschaftsleben nicht zu entbehren ist. Aber kein utopischer und Revolutionssozialismus führt zum Ziel, sondern nur eine langsame Weiterbildung unter kühler Abwägung aller in Betracht kommenden Faktoren kann eine bessere Gesellschaftsordnung schaffen. Auf allen diesen Gebieten, die ich hier nur kurz an- deute, scheint mir eine intensive Aufklärungsarbeit notwendig zu sein. Die Christliche Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, jenes unfruchtbare Protektorium, das nur das Wirtschaftsleben lähmt, mit aller Schärfe zu bekämpfen. Geistige Waffen sind es, die wir gebrauchen. Die Frage ist für die Zukunft etwa so zu stellen: Welches Maß von Selbstverantwortung, Freiheit, Pflichtgefühl einerseits darf dem einzelnen Mann zugemutet werden, und welche Einschränkungen durch die Staatsgewalt und durch Organisationen sind möglich, um den bestmöglichen Gesellschaftszustand verwirklichen zu können? Die Auseinandersetzung über den Sozialismus ist eine unbedingte Notwendigkeit, wir dürfen ihr nicht aus dem Wege gehen. Unsere christliche Gewerkschaft- und Arbeiterbewegung hat die Aufgabe, innerhalb der Arbeiterschaft diesen Kampf in den nächsten Jahren im Interesse des deutschen Volkes zu führen, denn nur so dürfen wir hoffen, aus dem geistigen Wirrwarr herauszukommen. Fr. Ehrhardt.

### Freiwirtschaft oder Planwirtschaft?

Was bei der Besserung unserer Saluta vorauszusetzen war, hat jetzt plötzlich in unserem Leben sich zu vollziehen begonnen, eine Geschäftsstockung ist eingetreten. Dies ist uns so bemerkenswerter, als wir mitten in einer Zeit leben, die noch in jeder Hinsicht gekennzeichnet ist durch den Warenmangel. Die Ursache der Wirtschaftsstockung liegt also nicht in den Absatzmöglichkeiten an sich, sondern in den Preisverhältnissen.

Es wagt sich jetzt bitter die Preispolitik jeder, die stets ohne weiteres den vollen Anpreis der Inlandspreise an die Auslandspreise gefordert haben. Wir haben überall da, wo die völlig freie Wirtschaft durchgeführt worden ist, in der letzten Zeit Preissteigerungen gesehen, die das vernünftige Maß überschreiten. Nun hat die Markt sich wesentlich gebessert, und die Folge ist, daß die Preise unserer Erzeugnisse zum Teil schon über dem Weltmarktpreis stehen, zum Teil ihr sehr nahe gekommen sind, daß das Ausland nicht mehr kaufen will. Im Ausland aber ist durch die ständig fortgesetzten Preis- erhöhungen die Kaufkraft der Bevölkerung trotz erhöhten Einkommens nicht mehr stark genug, um die ungeheuer hohen Preise zahlen zu können. Auch macht sich jetzt die Kaufkraft geltend, daß die Bevölkerung das Allernotwendigste auf manchen Bedarfsgebieten angeschafft hat, und nun infolge der Preissteigerungen abgeschreckt wird, weitere Einkäufe zu machen. Dies trifft besonders auf dem Gebiete der Bekleidung zu.

Man hat eben vergessen, daß überhaupt ein Anpreis der Einkommen und Preisgestaltung durch die Freiwirtschaft heute nicht erzielt werden kann. Den hohen Preisen müssten naturwunderlich Lohnsteigerungen und Gehaltssteigerungen folgen, wenn nicht der größte Teil der Bevölkerung durch die Teuerung vollkommen zerrissen werden sollte. Aber diese Einkommenssteigerung kann bei freier Entscheidung nie so hoch sein, wie die Steigerung der Marktpreise, weil die vermehrte Kaufkraft der Bevölkerung sofort ein weiteres Emporschieben der Preise zur Folge hat. Man sehen hier vor der zunehmenden Sorge, daß trotz geringer Lohnsteigerungen der Lohn und damit die Produktion im Grunde kommen. Die Ausdehnung der Arbeiterschaft ist für unser heutiges Volk eine Lebensfrage, denn ohne sie ist die Wirtschaft nicht lebensfähig. Aber wer will die Einkommenssteigerung durch Lohnsteigerungen?

Die Preispolitik hat also heute gezeigt, daß die Freiwirtschaft der Preis- und Einkommenssteigerung zu einem unüberwindlichen Dilemma zu führen vermag, das nur durch eine planmäßige Lenkung der Wirtschaft zu vermeiden ist. Aber wie kann man die Wirtschaft lenken, ohne die Freiheit der Wirtschaft zu zerstören? Die Antwort ist: Durch eine planmäßige Lenkung der Wirtschaft, die die Freiheit der Wirtschaft nicht zerstört, sondern nur lenkt. Dies ist die Aufgabe der Planwirtschaft.

### Allgemeines

**Erweiterung der Arbeiterfürsorge auf Bauten.** Der Reichsminister für Volkswohlfahrt hat am 11. Juni folgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet:

Es bereits, in dem Erlaß des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 12. Juni 1919 St. 3 4 - ausgeführt wurde, ist die Generalkommission für die Gewerkschaften Deutschlands wiederholt dahin vorstellig geworden, den in Ziffer 8 der Grundzüge für Polizeiverordnungen über Arbeiterfürsorge auf Bauten für die Dichtung der Arbeitsräume vorgeschriebenen Zeitraum allgemein insbesondere auf den Monat Oktober auszubehnen. Den Wunsch, daß auch während des Monats Oktober die Arbeitsräume auf Bauten mit Fenstern und Türen versehen werden müssen, halte ich vom gesundheitlichen Standpunkt für berechtigt; denn es kann wohl ohne weiteres angenommen werden, daß im Durchschnitt der Jahre die Mehrzahl der Oktobertage einen solchen Wunsch im Interesse der Erhaltung der Gesundheit rechtfertigen.

Wir ersuchen deshalb, die auf Grund des Erlasses der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten, des Innern und für Handel und Gewerbe vom 4. Juli 1918 - III. B. 8. 297. G. B. - erlassene Polizeiverordnung über Arbeiterfürsorge auf Bauten dahin abzuändern, daß im Ziffer 8 für „November“ „Oktober“ gesetzt wird.

Zugleich im Namen des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe.

Der Minister für Volkswohlfahrt. J. B. Scheidt.

Bisher war die Bautendichtung nur für die Zeit vom 1. November bis 1. April vorgeschrieben.

**Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.** Die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung des zehnprozentigen Steuerabzuges vom Arbeitslohn entgegenstellten, haben den Reichstag veranlaßt, eine Milderung der bestehenden Gesetzesbestimmungen vorzunehmen. Die erste Regelung hatte vor allem den Mangel, daß sie auf die verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Steuerzahler keine Rücksicht nahm, sondern schematisch von jedem Steuereinkommen die zehn Prozent in Abzug brachte. Nach der Neuregelung bleibt beim Steuerabzug vom Lohn zunächst ein Betrag von 5 M täglich außer Berechnung. Weiter wird dem Familienstand der Steuerpflichtigen bei der Berechnung geteilt, daß für jede zum Haushalt zählende unterhaltspflichtige Person 1,50 M täglich ebenfalls außer Berechnung bleibt und lediglich der Restbetrag für den zehnprozentigen Steuerabzug in Frage kommt. Für Wochenlohnempfänger bleiben 30 M wöchentlich außer Berechnung, für jede unterhaltspflichtige Person 10 M; vom Monatslohn werden 125 M für jede unterhaltspflichtige Person 40 M beim zehnprozentigen Steuerabzug außer Berechnung gestellt. Überdies soll dafür bei den Einkommen von 15 000 M an ein erhöhter Abzug vorgenommen werden. Bei einem Lohn oder Gehalt von 15 000 bis 30 000 M beträgt der Steuerabzug 15 Proz., von mehr als 30 000 bis 50 000 M 20 Proz., und steigt bei den höheren Einkommen bis zu 55 Proz. Die Neuregelung tritt am 1. August 1920 in Kraft. Die bis zum 1. August 1920 einbehaltene Beträge werden auf die nach der Neuregelung einbehaltenden Beträge angerechnet.

**„Erfst Liquidierung des Krieges, dann Sozialismus.“** In einem Artikel „Was nun?“ in der „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt der bekannte sozialistische Parteitheoretiker Karl Kautsky (U. S. P.) folgendes:

„Welches ist dieses Gebot (der Stunde)? Es ist - darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln - leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der fürchterliche Krieg mit den wahnwitzigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.“

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran, als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Milderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionslosigkeit und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.“

Und Engels, der Schriftleiter der mehrheitlich sozialistischen „Neuen Zeit“, spricht zu diesen Worten:

„Die Theorie von der Reife der kapitalistischen Produktion für eine baldige Ueberführung in die sozialistische Wirtschaftsweise, die Kautsky noch hoffnungsvoll im Jahre 1915 vertrug, wird hier glänzend verneint.“

Es ist nicht der Zweck, der auf halbem Wege stehen bleibt, zu zeigen, daß das Ersterer Programm überhaupt nicht durchführbar ist, sondern nur zu zeigen, daß es im Vergleich mit dem Ersteren Programm als überholt anzusehen und von dem nächsten Parteitag die Ausarbeitung eines neuen Programms fordert. Auch meiner Meinung ist, daß die theoretische Teil des

Ersterer Programms eine - offen gestanden - zweifelhafte theoretische Leistung war, teilweise schon überholt, als er das Licht der Öffentlichkeit erblickte - eine einseitig dogmatische Einstellung, bestimmte aus dem Verlauf der vorangegangenen beiden Jahrzehnte abgeleiteter marxistischer Entwicklungsstufen, ohne Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse neuer Verhältnisse.

Wenn die Sozialdemokratie aller Richtungen Sozialistischer Problem ebenso nüchtern beurteilen wollte, wie es hier von zwei ihrer prominentesten Führer geschieht, dann würde bald der wohlfeile Teil des Parteiprogramms über uns manchen Arbeiter, der die deutsche Volk einschließt der Arbeiterschaft aber vieles reich werden. Dann auch erst wäre der Sozialismus, von dem aus der Sozialismus erst näher getrieben werden könnte. Das blöde Geschwehrlinienwegen nach sofortiger und Volksozialisierung beim Ziele nicht näher, sondern entfernt von ihm.

### Der „Grundstein“

veröffentlicht in seiner Nr. 27 einen vom Hrn. Wendel, zirklender des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes in Pöhlitz, geschriebenen Brief, der wie folgt lautet: „Wir nennen uns christliche Gewerkschaften und verlangen von unseren Mitgliedern, daß sie eine christliche, aber keine sozialistische Gesinnung haben, da wir mit den Sozialdemokraten im schärfsten Kampfe stehen.“ Daraus läßt der „Grundstein“ folgende Bemerkungen:

„Demnach liegt also die Sache so, daß die christlichen Gewerkschaften gegenüber allen bürgerlichen Parteien neutral sind, aber feindlich sind den sozialdemokratischen Parteien gesinnt. In Wirklichkeit also die bisher behauptete volle politische Neutralität nur Waise gewesen. Damit setzen sich natürlich die christlichen Gewerkschaften in Widerspruch mit der Gesinnung der meisten ihrer Mitglieder, denn die in den christlichen Gewerkschaften ist die sozialistische Gesinnung sehr stark entwickelt. Nur der Glaube, daß ihre christliche Gesinnung bei uns leiben könnte, sie uns fern. In wirtschaftlichen Fragen sind sie ebenso gesinnt wie unsere Kollegen. Wendel hat nun das Verdienst erworben, offen auszusprechen, daß der Zweck der christlichen Gewerkschaften in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, also der Demokratie und des Sozialismus besteht. Damit ist gesagt, daß die christlichen Gewerkschaften wirtschaftlich Schutzhutten der überlebten Unternehmertums und politisch Schutzhutten der Reaktion sein sollen. Wir neigen an, die Wendel für diese Stellungnahme von den Oberen der christlichen Gewerkschaften gehörig zurechtgestraft werden. Die Mitglieder seiner Organisationsleitung dagegen können aus diesem offenen Bekenntnis eines Eingeweihten erkennen, wozu die Beschäftigung dienen muß.“

Wenn wir nach der gleichen Methode verfahren etwa auf Grund gelegentlicher Urteile sozialdemokratischer Parteiführer ein Charakterbild der freien Gewerkschaften entwerfen wollten, so würde der „Grundstein“ lauten, was dabei herauskommt. Mit solchen Gelegenheitsäußerungen, die zumeist auf ungenauer Anschauung beruhen, kann man eben alles und nichts beweisen. Die ganze Beweisführung des „Grundstein“ ist unehrlich und nicht einmal logisch. Er behauptet nun, Wendel habe offen zugegeben, daß der Zweck der christlichen Gewerkschaften in der Bekämpfung der Sozialdemokratie besteht. Mit Verlaub, das hat Wendel mit keinem Wort zugegeben. Er stellt einfach die Tatsache fest, daß die christlichen Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie im schärfsten Kampfe stehen, nicht aber, daß dies ihr Zweck sei. Und liegen etwa umgekehrt die Dinge nicht ebenso? Die Kampfstellung ergibt sich ganz natürlich aus den beiderseitigen Grundätzen, die sich in der wesentlichsten Hinsicht diametral gegenüberstehen und daher gegenseitig ausschließen. Immer aber haben die christlichen Gewerkschaften es abgesehen, sich als „Schutzhutten“ gegen die Sozialdemokratie mißbrauchen zu lassen, wie einer ihrer prominentesten Führer, der heutige Reichspostminister Stiesberts, es bereits vor 15 Jahren einmal ausgedrückt hat.

Dann meint der „Grundstein“, weil die christlichen Gewerkschaften die Sozialdemokratie bekämpfen, seien sie also Gegner der Demokratie und des Sozialismus. In diesen Dingen kann man doch nur kommen, wenn man Sozialdemokratie (als Parteiercheinung) mit Demokratie und Sozialismus gleichsetzt. Da gibt sich aber der „Grundstein“ einer grausamen Selbsttäuschung hin. Was ist eigentlich Sozialdemokratie? Behaupten nicht die Unabhängigen, sie allein seien die wahren und echten Sozialdemokraten? Und führen nicht - o Fronte der Sozialisten! - gerade diese unabhängigen Volksozialisten den schärfsten Kampf gegen die Demokratie? Wer aber hat die Demokratie in Stunden, da es sich um sein Sein oder Nichtsein handelte, mit solchen unverteidigen helfen? Die vom „Grundstein“ als unbedingte Voraussetzung christlichen Gewerkschaften.

Nicht mehr Glück hat der „Grundstein“ mit seiner Antwort, wie bekämpft den Sozialismus. Was ist nicht der „Grundstein“ und die hinter ihm stehende politische Richtung Tag für Tag von den Unabhängigen nachgelassen, sie seien elende Barocke am Sozialismus? Ueberhaupt dieses Wortspiel mit dem „Grundstein“? Der „Grundstein“ sagt in den christlichen Gewerkschaften sei die sozialistische Gesinnung sehr stark entwickelt und meint mit „sozialistisch“ natürlich wieder „sozialdemokratisch“. Für uns und über Sozialismus und Sozialdemokratie ganz ganz verstanden. In der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist es längst zum Gemeingut geworden, daß in der Wirtschaft auf dem privaten Kapitalistischen Rurgewinnstreben die Arbeiter des Allgemeinwohls willen treten muß. Ob man den

den Namen Sozialismus, Sozialismus oder Gemeinwirtschaft steht, ist zunächst völlig gleichgültig. Nicht gleichgültig aber ist die Bestimmung, aus der heraus die neue Wirtschaft geboren werden soll und kann. Die Sozialisierung setzt Idealmerkmale voraus, wie wir sie heute im allgemeinen leider noch nicht haben. Erst müssen also die Geister sozialisiert werden, ehe an die wirkliche Sozialisierung mit Erfolg gegangen werden kann. Das ist für uns mehr wie eine leere Phrase: Ohne die Hülfe der niederen, epöfischen Instanzen im Menschen, und zwar nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Unternehmern, und bei diesen erst recht, ist eben jeder Versuch einer Gemeinwirtschaft von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wir sind überzeugt, daß die hier stehende gewaltige Erziehungsaufgabe nur auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes gelöst werden kann. Die Sozialdemokratie aber will die Sozialisierung durch führen, indem sie lediglich neue Einrichtungen schafft. Ihre marxistisch-materialistische Weltanschauung heraus glaubt sie, man brauche nur bessere Verhältnisse zu schaffen, dann würden die Menschen ganz von selbst besser. Hier zeigt sich der fundamentale Unterschied in der Auffassung mit der unsere Bewegung, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, an das Sozialisierungsproblem herantritt. Die Begriffe „christlicher Sozialismus“ und „marxistischer Sozialismus“ sind eben kein Spiel mit Worten, sondern umschließen zwei grundverschiedene Weltanschauungen.

Nicht selten darf natürlich der verächtlichste Adressat, die christlichen Gewerkschaften, seien Schutzgruppen des Unternehmertums und der Reaktion. Merkwürdig nur, daß die Bestimmungen des „Grundstein“ nicht darin gefunden haben, mit den Führern dieser so geschmähten Bewegung in einer Regelung zusammenzufügen. Er vergißt anerkennend auch, daß der gleiche verächtliche Vorwurf, den er gegen die christlichen Gewerkschaften erhebt, unzählige Male von den Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialisten erhoben worden ist und noch täglich erhoben wird. Sogar Namen wie „Schutzgruppe des Kapitalismus“, „Schrittmarker der Reaktion“ und noch viel saftigere schwärzten in dem verfallenen Wahlkampf nur so herum. Sie galten in den besten Fällen uns, desto mehr aber den politischen Gegnern des „Grundstein“. Aber auch so ist es ein kaum zu übersehendes Merkmal, in dem einen Abzug zu behaupten, die meisten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften seien sozialistisch gesinnt und in wirtschaftlichen Fragen dächten sie meist ebenso wie die Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften, und in dem anderen, sie seien „Schutzgruppen des Unternehmertums und der Reaktion“. In dieser Dageß muß unbedingt etwas nicht stimmen. Wenn die christlichen Gewerkschaften das erstere sind und trotzdem das zweite richtig ist — dann sind folglich auch die „freien“ Gewerkschaften Schutzgruppen des Unternehmertums und der Reaktion? Diese Dageß wäre nicht gewagt, wie des „Grundstein“.

## Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Köln

Der Streit am linken Niederrhein beendet.

Am linken Niederrhein war unsere Organisation durch die Kriegsverhältnisse sehr geschwächt worden. Nur wenige Kollegen hatten in der Streikzeit standgehalten. Da nach Kriegsende die Bauarbeiter nicht rasch genug den Weg zur Organisation gefunden hatten, mußten die Unternehmer dieses aus, indem sie sich gegen die achtstündige Arbeitszeit und der Zeit entsprechenden Lohnforderungen wendeten. Hierin wurde Wandel geschaffen, als sich voriges Jahr die Bauarbeiter wieder in großem Umfang unserer Organisation anschlossen. Es wurde dann auch im vorigen Frühjahr ein Tarifvertrag mit achtstündiger Arbeitszeit und angemessenem Lohn. Dem setzten die Unternehmer hartnäckigen Widerstand entgegen. Nach kurzem Streit wurde der achtstündige Arbeitstag erreicht. Die Löhne gestalteten sich durch die stete Tätigkeit des Verbandes wie folgt: Gelehrte Bezüge ab 1. 3. 19: 1,25 M, ab 1. 8. 19: 1,65 M, ab 1. 9. 19: 1,80 M, ab 1. 10. 19: 2 M, ab 1. 11. 19: 2,20 M, ab 1. 12. 19: 2,50 M, ab 1. 1. 20: 2,70 M, ab 1. 4. 20: 3,70 M. Der Lohn der Hilfs- und Erbarbeiter betrug 20 Pf. weniger. In diesem Maße gelang es auch, die Löhne in Goch, Revelar, Geldern, Lieben usw. durchzusetzen. In diesem Frühjahr setzte erneut starker Widerstand der Unternehmer ein. Die Bauunternehmer schlossen sich zu einer Organisation für den linken Niederrhein zusammen und forderten weitere Lohnerhöhungen ab. Wir riefen den Lehrlingsausschuß in Cleve an. Dieser entschied, daß die Löhne am Niederrhein ab 6. 4. 20 1 M pro Stunde Erhöhung zu zahlen sei. Der Lohn der Bauhilfsarbeiter sollte jedoch 30 Pfg. geringer sein, als der der gelehrten Bauarbeiter. Damit wäre der Lohn der gelehrten Bezüge auf 4,70 M, für Hilfs- und Erbarbeiter auf 4,40 M gestiegen. In der Hoffnung, diesen Lohnforderungen durch die beantragte Lohnklassenabteilung im ganzen rheinischen Bezirk wieder zu befechtigen, stimmten die Bauarbeiter dem Schiedspruch zu. Die Unternehmer aber lehnten ihn ab. Auf diese Weisung hin, traten die Bauarbeiter in den Streit. Der Kampf entbrannte heftig in Goch, Lieben, Goch, Revelar und Geldern, und zwar im Goch und Tiefbaugewerbe. Die Kollegen haben nun, entsprechend der geforderten Lohnklassenabteilung, die Forderung von 6,50 M. Der Kampf wurde von den Unternehmern hartnäckig geführt. Mehrere Verhandlungen führten zu keiner Einigung. Ueber 6 bzw. 20 M wollten sie nicht bewilligen. Am 16. Juni trübten Kollege Haupt und Bezirksleiter Kollege Lange einen Verhandlung an. Die Verhandlung wurde auf den 18. Juni für das ganze Gebiet in Revelar anberaumt. Ein hartnäckiger Widerstand, wobei vor allem die Unter-

## Am 17. Juli ist der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

nehmen von Lieben sich hervortaten, die Lieben Bauarbeiter waren auf den Lohn eingegangen, es würde gezahlt, was für den Niederrhein später festgelegt würde, und hatten auf dieses Versprechen hin die Arbeit wieder aufgenommen. Am 17. Juli ist der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig. Die Lieben Bauarbeiter erklärten, sich an diese Löhne nicht gebunden zu halten; ihre Leute wären mit weniger zufrieden. Da die Lieben Kollegen nicht mehr im Kampfe standen, konnte hieran die Gesamterhebung nicht scheitern. Die Kollegen stimmten mit großer Mehrheit dem Lohn von 5,40 M bzw. 5,20 M zu. Damit ist der sechs Wochen lange Kampf mit einem immethin noch günstigen Resultat beendet. Der Kampf hat gezeigt, wie einzig die Bauarbeiter des Niederrheins sind. Der hierdurch erworbene Einfluß muß nun durch volle Geschlossenheit in der Organisation erhalten bleiben. Darüber muß jeder Bauarbeiter wachen. Unorganisierte dürfen nicht mehr gebildet werden. Die gezeigte Einigkeit muß für immer bestehen.

### Bezirk Oberschlesien

Hart und vernehmlich hat das Schicksal an die Tür unserer oberschlesischen Bauarbeiter geklopft und sie gemahnt, daß die Zeit der hilflosen Vornormierungen vorüber ist. Was wir in den letzten sechs bis acht Wochen bei den Verhandlungen erlebt haben, beleuchtete blickartig die neue Situation: Ein geschlossenes, finanziell gut fundiertes Unternehmertum, das nicht mehr gewillt ist, auch nur einen Pfennig Vornormierung zu geben, wenn es nicht mit stärkster Fähigkeit und Kraft von uns dazu gezwungen wird. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands kommt ihnen dabei zustatten. Gibt es doch umfangreiche Gebiete, in denen kaum ein Handschlag zu tun ist. Die unfirmig gestiegenen Baukosten und vor allen Dingen der Mangel an Baustoffen haben diese Depression auf dem Baunmarkt erzeugt.

Immer liegen noch etwa 16 000 Hiegelsteine still, Gurberte sind auf Abbruch verkauft und vom Erdboden verschwinden. Tische Böcher und Klumpen bezeichnen die Stelle, wo vor dem Kriege reges Leben herrschte. Und die wenigen Hiegelsteine, die noch im Betrieb sind, liegen oft tagelang still, weil es an den notwendigen Kohlen mangelt.

Im engeren oberschlesischen Industriegebiet können wir Gott sei Dank über Arbeitsmangel noch nicht klagen, im Gegenteil, uns fehlen die Leute. Deisenungeachtet haben die Arbeitgeber des Baugewerbes mit anerkennenswerter Fähigkeit eine größere Lohnerhöhung zu verhindern versucht. Es kam sogar dahin, daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten, da die Arbeitgeber sich weigerten, den von ihnen selbst gewünschten Schiedspruch, der allerdings etwas anders ausgefallen war, als sie glaubten, und den Lohn von 4,50 M auf 5,70 M brachte, anzuerkennen. Die Erregung unserer Kollegen hierüber war begreiflich. Am Sonnabend, den 26. Juni 1920, reisten die Bezirksleiter der drei beteiligten Verbände zum Demobilisationskommissar nach Döppeln, um eine Bescheinigung der Rechtsverbindlichkeitserklärung des Weimarer Schiedspruches zu erlangen. Aber wer gedacht hatte, daß es im republikanischen Staat schneller zugeht als im ehemaligen kaiserlichen, wurde bald eines Besseren belehrt. Der Delegiert beim Demobilisationskommissar erklärte uns kaltblütig, er müsse erst mal auf Urlaub fahren, außerdem ginge das nicht so schnell, wie wir es uns dächten usw.

Während dieser Verhandlungen hatten die Maurer und Arbeiter, zunächst in Ratibonitz, die Arbeit niedergelegt. Schuld an diesen anarchischen Zuständen sind einige führende Kollegen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die bewußt auf diese Dinge hingetrieben haben. Der Vertreter des Zimmerverbandes und wir stellten uns auf den Boden der strikten Ordnung und der Verbandszählungen. Die Arbeitgeber drohten mit Gegenmaßnahmen, falls wir die Arbeitsniederlegung auf weitere Orte ausdehnen würden. Jedoch kam es nicht zum Neuzerren, da es uns gelang, nochmals Verhandlungen herbeizuführen, in welchen die Arbeitgeber einen Stundenlohn von 5,40 M anboten. Nach langem Hin und Her versprachen die Arbeitnehmervertreter, diesen Satz den Kollegen zur Entscheidung vorzulegen.

In allen Versammlungen wurde dieser Satz angenommen. Damit ist für das oberschlesische Baugewerbe die Ruhe wiederhergestellt. Hervorgehoben zu werden verdient, daß diejenigen Kollegen, die von den Baupartnern nicht erfasst werden sollten, beschlossen hatten, für jeden Arbeitstag für die streikenden Kollegen einen Sonderbeitrag von 2 M zu zahlen. Hierbei marschierte die Ortsgruppe Ruda an der Spitze, wo in einer Versammlung von etwa 350-400 Kollegen dieser Beschluß einstimmig gefaßt worden ist.

Die Kollegen aber mögen sich nun die glückliche benedete Lohnbewegung zur Warnung dienen lassen. Wir wissen nun, was uns die nächste Zeit bringen kann. Sorgen wir, daß unsere Reihen gefüllt und wir allen Anforderungen gewachsen sind. Zwar ist dieses Ziel der allgemeine Streit noch vermieden worden, jedoch haben uns die Streiktage in Ratibonitz immethin noch die Summe von rund 5000 M gekostet. Diese Summe muß, wie beschloffen, durch Sonderbeiträge aufgebracht werden. Bedenken wir, daß, wenn wir nicht energisch aufgetreten wären, die Unternehmer auch nicht die 5,40 M bewilligt hätten. Das ist immethin ein Erfolg für uns; beträgt doch der Mehrerwerb eines Gefellen 0,51 M die Stunde, was sich in einer Woche 38,88 M mehr, und zwar ab 29. Mai 1920. Die Kollegen haben also darauf zu achten, daß überall vom 29. Mai nachgeholt wird. Da das nicht geschehen

sein sollte, ist uns sofort Mitteilung zu machen, damit wir eingreifen können. Nun muß aber auch mit doppelter Kraft an die Arbeit gegangen werden. Wer hilft mit?

## Polier- und Schachtmeisterbewegung

Buer t. B.

Am 8. Juli fand im Hotel Hoffmann eine Polier- und Schachtmeisterversammlung statt, einberufen vom christlichen Bauarbeiterverband. Eine recht stattliche Zahl von Polieren hatte der Einladung Folge geleistet. Das Defizit erstattete der Kollege Heinrich Gladbeck. Er führte ungefähr folgendes aus: Die Bauarbeiterchaft hat sich durch Opfermut und harte Kämpfe straffe Organisationen geschaffen, die es verstanden haben, sich dem Arbeitgeber gegenüber Achtung und maßgebenden Einfluß zu sichern. Seit dem Bestehen der Bauarbeiterorganisationen sind durch tarifliche Regelung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter wesentlich verbessert worden, aber auch heute gelte es noch manche Wünsche und Forderungen zur Durchführung zu bringen. Anders sei dagegen die Lage der Poliere und Schachtmeister bisher gewesen. Hilfslos, ohne festen Rückhalt an einer Ständesorganisation, stand der Polier dem Arbeitgeber gegenüber. Zwar haben sich die Poliere schon seit Jahren eine Ständesorganisation in dem Deutschen Polierbund geschaffen; aber der Polierbund ist keine tatkräftige Interessenvertretung seiner Mitglieder und erst recht keine gewerkschaftliche Kampforganisation gewesen, wie man als solche mit vollem Recht die Bauarbeiterverbände bezeichnen kann. Der Deutsche Polierbund hat vor dem Kriege wie auch teilweise noch während des Krieges seine Hauptaufgabe darin erblickt, das harmonische Verhältnis zwischen Polier und Arbeiter zu pflegen. Daß bei dieser Gefühl- und Harmoniepolitik des Deutschen Polierbundes die eigentlichen Interessen der Poliere immer in genügender Weise berücksichtigt worden sind, könne wohl niemand ernstlich behaupten. Erst im Jahre 1917 hat sich der Bund zu gewerkschaftlichen Grundstapen umgewandelt. In einem mit dem sozialdemokratischen und christlichen Bauarbeiterverband abgeschlossenen Parteilvertrag hatte sich der Polierbund zu voller Neutralität gegenüber den bestehenden Gewerkschaftsrichtungen verpflichtet, die Bauarbeiterverbände hatten sich ihrerseits verpflichtet, dem Polierbund weitgehende Unterstützung zu teil werden zu lassen. Daß es dem christlichen Bauarbeiterverband ernst mit dem Parteilvertrag gewesen ist, beweist die Tatsache, daß unser Verband eine ganze Reihe Poliere, die bereits im christlichen Bauarbeiterverband organisiert waren, dem Polierbund zugeführt hat. Im vergangenen Jahre hat dann der Bund auch einen Tarifvertrag abgeschlossen, der allerdings nicht besonders vorteilhaft für die Poliere gewesen ist. Aber trotzdem hat der Bund die Unterstützung auch des christlichen Bauarbeiterverbandes gefunden. Die Poliere waren somit auf dem besten Wege, sich in ihrem Deutschen Polierbund eine tatkräftige Organisation zu schaffen. Aber leider ist anscheinend der Wille zu dieser Tat bei der Bundesleitung nicht vorhanden gewesen, als die Leitung des Bundes diesen unter Bruch der Neutralität dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen und zwar über den Kopf der Mitglieder hinweg. Ob dieses Neutralitätsbruchs der Bundesleitung ist es im Grunde zu großen Auseinandersetzungen gekommen. Vor allem sind die Poliere, die sich zur christlichen Bekanntheit bekennen, mit diesem Beschluß nicht einverstanden gewesen und verweigerten die Jurisdiktion des Beschlusses. Der Delegiertentag des Bundes hat aber diesen Beschluß gegen eine Stimme gutgeheißen, teilweise wurde sogar auf dem Bundestag die Verschmelzung des Bundes mit dem Deutschen Bauarbeiterverband scharf gefordert. Mit diesem Beschluß ist der Deutsche Polierbund nun korporatives Mitglied der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung geworden mit all den daraus entspringenden Folgerungen. Der Beschluß bedeutet aber auch den ersten Schritt zur Aufgabe der Selbständigkeit des Bundes.

Für die Poliere, die sich nicht zur sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung konvertieren lassen wollen, ist ein weiteres Verbleiben im Bunde nicht mehr möglich, für diese kann nur der Anschluß an die Reichsaktion der Poliere und Schachtmeister im christlichen Bauarbeiterverband in Frage kommen. Dieser Anschluß ist auch bereits in großer Zahl erfolgt. Auch in Buer hat man seitens der Poliere stürmisch die Gründung einer Sektion der Poliere und Schachtmeister verlangt. Redner begründete nun in eingehender Weise die Notwendigkeit, weshalb für die Poliere und Schachtmeister, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, als wirksamste Interessenvertretung nur der christliche Bauarbeiterverband in Frage kommen kann und nicht irgendeine Angestelltenorganisation. Des weiteren äußerte sich Kollege Heinrich Gladbeck über die Stellungnahme des christlichen Bauarbeiterverbandes zu den ureigenen Forderungen der Poliere und Schachtmeister. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er die anwesenden Poliere auf, nun die lang gewünschte Gründung der Poliersektion zur Tatfache werden zu lassen.

In der nun folgenden lebhaften Aussprache wurden die Ausführungen des Kollegen Heinrich Gladbeck noch wesentlich ergänzt. Besonders wurde von Bundesmitgliedern hervorgehoben, daß der Polierbund keine Mitglieder bei der Interessenvertretung sein immer im Stich gelassen habe. Wenn es galt Differenzen beizulegen, mußten die Mitglieder des Bundes für sich selbst eintreten. Die Gründung einer Poliersektion wurde einstimmig beschlossen.

Die sofort getätigte Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Kollege Heinrich Hans, Buer, Ständesr. 69; 2. Vorsitzender: Kollege Hermann Breder-

